**Zeitschrift:** Energeia : Newsletter des Bundesamtes für Energie
**Herausgeber:** Bundesamt für Energie
**Band:** - (2007)
**Heft:** 1

**Artikel:** "Ich hoffe, die Schweiz ist dabei" : Interview
**Autor:** Piebalgs, Andris / Riva, Klaus / Schmitt von Sydow, Helmut
**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-638372

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 13.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

# «Ich hoffe, die Schweiz ist dabei»

**INTERNET**

Europäische Kommission, Generaldirektion Energie und Verkehr:
**http://ec.europa.eu/energy/index_de.html**

**Seit November 2004 ist Andris Piebalgs EU-Kommissar für Energie. Im letzten Jahr haben die EU-Staats- und Regierungschefs eine engere Zusammenarbeit in der Energiepolitik beschlossen, wodurch Piebalgs enorm an politischem Gewicht gewonnen hat. Der Lette gilt als glühender Europäer und Vorzeigediplomat. Im Gespräch mit energeia attestiert er der Schweiz «Pfiffigkeit» in der Ausgestaltung des Strommarkts, bei der Förderung der erneuerbaren Energien allerdings sieht der Energiekommissar unser Land im Hintertreffen.**

**Herr Piebalgs, die Schweiz ist die Stromdrehscheibe in Europa. Wie wichtig ist das Land in dieser Rolle für die Europäische Union?**
Aufgrund seiner zentralen Lage ist die Schweiz ein unumgängliches Transitland für den Stromhandel zwischen Frankreich, Deutschland, Österreich und Italien. 45 Prozent der italienischen Einfuhren laufen über die Schweiz. Auch die Schweizer Verbraucher sind auf gute Verbindungen angewiesen. Denn inzwischen ist die Schweiz ein Netto-Stromimporteur geworden. 2005 wurde fast acht Prozent des Schweizer Bedarfs aus Einfuhren gedeckt. Gute Verbindungen sind deshalb für beide Seiten lebenswichtig.

**Wie äussert sich dies in der Praxis?**
Wenn am Lukmanierpass eine überladene Stromleitung einen Baum streift und die Kommunikation zwischen dem Schweizer Techniker und seinem italienischen Kollegen nicht klappt, gehen die Lichter in Italien für einen ganzen Tag aus. Wenn in Deutschland ein Kabel über die Ems abgeschaltet werden soll, um ein Schiff passieren zu lassen, und die benachbarten Netzbetreiber darüber nicht ausreichend informiert werden, fällt der Strom für über 15 Millionen Verbraucher Westeuropas und beinahe auch der Schweiz aus.

«WAS DIE ENERGIEEFFIZIENZ ANGEHT, WAR DIE SCHWEIZ ZU BEGINN DER NEUNZIGERJAHRE NOCH VORREITER. INZWISCHEN HAT DIE EU SIE IN MEHREREN BEREICHEN ÜBERHOLT.»

**Sie stecken mit der Schweiz in Verhandlungen über ein bilaterales Stromabkommen. Welche Ziele verfolgt dabei Brüssel?**
Im Grunde geht es nur darum anzuerkennen, dass Strom eine Ware ist, die unter unser gemeinsames Freihandelsabkommen von 1972 fällt. Dies führt dann zu einer Integration der Märkte mit freiem Wettbewerb und Rationalisierungseffekten zum Vorteil der Verbraucher. Wenn der Schweizer Bürger zukünftig mehr und mehr auf Stromeinfuhren aus der EU angewiesen ist, warum soll er dann nicht das Recht haben, sich seinen Lieferanten auch aus dem EU-Raum frei zu wählen?

*EU-Energiekommissar Andris Piebalgs: drückt weiter aufs Tempo*

**Welche Punkte müssen aus Ihrer Warte zwingend geregelt werden?**
Um den Verbrauchern die freie Wahl ihres Lieferanten zu geben, muss der Zugang zu den Netzen garantiert werden. Dazu gehört insbesondere die Entflechtung von Stromerzeugung und Stromtransport. Zum Energiemarkt gehören aber auch Regeln über erneuerbare Energien und Umwelt. Wir haben das gemeinsame Ziel des Kyoto-Protokolls. Was die Energieeffizienz angeht, war die Schweiz zu Beginn der Neunzigerjahre noch Vorreiter. Inzwischen hat die EU sie in mehreren Bereichen überholt.

**Wo erwarten Sie von der Schweiz ein Entgegenkommen?**
Beim Zugang zum Netz darf es keine Diskriminierungen geben, insbesondere nicht für die Durchleitung von Strom von einem Teil der EU zu einem anderen. Wirtschaftlich sind das Transitgeschäfte, aber juristisch werden sie von der Schweiz als getrennte Ein- und Ausfuhroperationen behandelt. Das ist ein Problem, das wir lösen müssen.

**Das Schweizer Parlament hat im Dezember beschlossen, den Strommarkt bis im Jahr 2013 vollständig zu öffnen. Wie ist die Reaktion in Brüssel auf diesen Meilenstein in der Schweizer Energiepolitik?**
Wir wissen aus eigener Erfahrung, wie schwierig es sein kann, verkrustete Strukturen aufzubrechen, und wir wünschen den Verantwortlichen viel Erfolg. Die Öffnung dient der Schweiz, und sie dient den bilateralen Beziehungen. Und sie dient vor allem den Bürgern beiderseits.

**Ist dieser Entscheid für Brüssel überhaupt von Bedeutung?**
Die Gleichheit der Regeln führt zu einer Annäherung der Märkte und ebnet den Weg für bessere Koordinierung bei Versorgungsschwierigkeiten in der Schweiz oder in der Europäischen Union.

**Der EU-Strommarkt ist seit geraumer Zeit liberalisiert: Hat sich der Markt nach Ihren Vorstellungen entwickelt?**
Besonders in der Anfangsphase hat die Liberalisierung zu einer spürbaren Verbesserung der Versorgung und zu Einsparungen für die Verbraucher geführt. Die Strompreise sind zuerst gesunken und dann nur langsam gestiegen, obwohl die Einstandspreise für Öl und andere Primärbrennstoffe explodiert sind. Der Strommarkt von der Größe eines Kontinents ist ein starker Anreiz für neue Investitionen im Innern und kräftigt die Verhandlungsposition der europäischen Einkäufer beim Energiebezug auf den globalen Märkten.

**Die Strompreise, etwa in Deutschland, sind trotz oder wegen der Marktöffnung angestiegen. Hat man dies voraussehen können?**
Also erstens sind die Preissenkungen nicht das alleinige Ziel unserer Energiepolitik. Gleichberechtigt mit der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft durch günstige Energiekosten stehen die Versorgungssicherheit und die Nachhaltigkeit. Und das bedeutet, dass ein Teil der Kosteneinsparungen des Binnenmarktes in Investitionen für den Ausbau der Leitungsnetze und die Förderung erneuerbarer Energien fliessen. Zweitens haben nicht alle Mitgliedstaaten die Liberalisierungsrichtlinien fristgerecht zum 1. Juli 2004 umgesetzt. Die Kommission hat diesen Staaten im Dezember 2006 sogenannte «Begründete Stellungnahmen» geschickt. Das ist die letzte Stufe vor einer Klage beim Gerichtshof.

**Sind Brüssel auch Fehler beim Setzen der Rahmenbedingungen unterlaufen?**
Wir haben auf Subsidiarität und möglichst wenig Regulierung gesetzt. Das war kein Fehler, aber nicht alle Wirtschaftskreise haben das honoriert und korrekt mitgespielt.

«Das kommt zwar einer industriellen Revolution gleich, ist aber mit einem EU-weiten, politischen Rahmen und einer langfristigen Vision durchaus realistisch.»

**Die Energiekonzerne haben nicht mitgezogen?**
Die Stromnetze gehören traditionell den alteingesessenen Stromproduzenten. Um neuen Mitbewerbern den diskriminierungsfreien Zugang zum Netz zu garantieren, braucht es eine gewisse Entflechtung zwischen Produktion und Netzbetrieb. Unser erstes Gesetzespaket in den neunziger Jahren schrieb lediglich eine Entflechtung der Buchhaltung vor. Die Praxis hat aber gezeigt, dass das nicht reicht. Also haben wir die Daumenschraube angezogen und im zweiten Paket 2003 auch die juristische und organisatorische Entflechtung vorgeschrieben. Das scheint immer noch nicht zu genügen.

**Die Schweiz kann aus diesen Erfahrungen lernen...**
Das Wichtigste sind eine Aufsichtsbehörde mit genügend Ressourcen und Kompetenzen, sowie eine genügende Entflechtung von Produktion und Netz. Diese Botschaft haben alle unsere Nachbarn verstanden und kopieren unsere Liberalisierungsrichtlinien, von Nordafrika bis zum kaspischen Meer, von Norwegen bis nach Südosteuropa, wo gerade eine Energiegemeinschaft gegründet worden ist, die alle einschlägigen EU-Regeln übernimmt. Auch die Schweiz geht in diese Richtung, manchmal sogar dynamischer als wir.

**Wo kann die Schweiz der EU als Vorbild dienen?**
Die Übertragung des Stromnetzes auf eine unabhängige Betreibergesellschaft, bei der die Kapitalinteressen der Alteigentümer gewahrt bleiben und gleichzeitig Diskriminierungen beim Netzzugang weitgehend vermieden werden, ist eine pfiffige Idee. Swissgrid versprüht jugendliche Aufbruchstimmung, bis hin zum Webauftritt und Internet-Game, um die Öffentlichkeit mit den komplexen Problemen des Engpassmanagements spielerisch vertraut zu machen.

**Stichwort Versorgungssicherheit: Wie wird der Energiemix der Union in zehn, zwanzig Jahren aussehen?**
Die EU importiert derzeit 50 Prozent ihres Energiebedarfs. Wenn wir die Dinge treiben lassen, werden wir in zwanzig Jahren min-

destens 65 Prozent importieren. Der Anteil von Gas am Energieverbrauch wird sich bis 2030 verdoppeln und gleichzeitig unsere Importabhängigkeit von 57 auf 84 Prozent steigen. Freier Welthandel ist etwas Gutes, aber wir dürfen nicht erpressbar werden. Deshalb brauchen wir einen geographischen Mix, was die Lieferländer angeht, und einen sektoriellen Mix, was die Energiearten angeht. Dazu gehört vor allem die Förderung von heimischen Energiequellen.

**Sie haben das Ziel gesteckt, den Anteil der Erneuerbaren von heute sechs Prozent auf zwölf Prozent bis im Jahr 2010 zu verdoppeln. Ist das wirklich realistisch?**
Trotz der grossen Erfolge in einigen Mitgliedstaaten werden wir gemeinschaftsweit bis im Jahr 2010 kaum über zehn Prozent hinauskommen. Aber diese Steigerung ist bereits beachtlich, und viele hätten sie nicht für möglich gehalten. Wir drücken weiter aufs Tempo und peilen 20 Prozent für 2020 an. Also in dreizehn Jahren wollen wir den Anteil verdreifachen. Das kommt zwar einer industriellen Revolution gleich, ist aber mit einem EU-weiten, politischen Rahmen und einer langfristigen Vision durchaus realistisch. Die Schweiz hatte eine Vorreiterrolle zu Beginn der Neunziger Jahre – jetzt übernimmt die EU den Staffelstab.

**Welche Massnahmenpakete zur Förderung der Erneuerbaren sehen Sie vor?**
Die Europäische Union ist in ihren Zielen sehr ehrgeizig, aber in ihren Instrumenten zurückhaltender, als viele Leute glauben. Das Ziel von 20 Prozent soll verbindlich sein. Jeder Mitgliedstaat soll aber selbst bestimmen, mit welchem Mix und mit welchen Mitteln er zum Gesamtziel beiträgt. Einzige Ausnahme: Der Anteil von Biokraftstoffen am Kraftstoffmix soll in allen Mitgliedstaaten mindestens zehn Prozent betragen; das ist keine Zumutung, denn 14 Prozent sind machbar.

**Ist die Einspeisevergütung das richtige Förderinstrument für erneuerbare Energien?**
Die Ausgangsbedingungen, Möglichkeiten und Instrumente sind von Land zu Land unterschiedlich, aber jeder kann auch vom anderen lernen. Biokraftstoffe haben in Schweden bereits einen Anteil von vier Prozent am Benzinmarkt und in Deutschland von sechs Prozent am Dieselmarkt. Windkraft deckt heute ungefähr 20 Prozent des Strombedarfs in Dänemark, acht Prozent in Spanien und sechs Prozent in Deutschland. In Schweden gibt es über 185 000 Erdwärmepumpen. Deutschland und Österreich sind bei Solarwärme führend. Bei vielen neuen Technologien werden die derzeit noch hohen Kosten wahrscheinlich sinken. Ich denke an Fotovoltaik, Solarwärme, Wellen- und Gezeitenenergie.

**«Wer seine eigenen Kernkraftwerke abschaltet und dann Atomstrom beim Nachbarn einkauft, exportiert ja nur sein Problem.»**

**Stehen weitere Massnahmen zur Förderung der Erneuerbaren zur Diskussion?**
Unser Forschungsrahmenprogramm sieht eine Steigerung der jährlichen Ausgaben für Energieforschung um 50 Prozent über die nächsten sieben Jahre vor. Darüber hinaus will die Europäische Kommission dieses Jahr einen Strategieplan für Energietechnologie vorlegen, der alle EU-Instrumente mit klaren Zielen, konkreten Fahrplänen und verbindlichen Meilensteinen koordinieren soll.

**Welche Rolle spielt die Kernenergie im künftigen EU-Strommix?**
Die Entscheidung über die Nutzung der Kernenergie liegt bei jedem einzelnen der 27 Mitgliedstaaten selbst. Derzeit haben wir 152 Kernkraftwerke, die nach wie vor fast ein Drittel der Elektrizität erzeugen. Einige Mitgliedstaaten haben beschlossen, ihre Werke auslaufen zu lassen. Zwei Staaten wollen im Gegenteil die Atomnutzung ausbauen, nämlich Finnland und Frankreich. Andere Mitgliedstaaten haben ihre interne Debatte neu eröffnet.

**Jeder Mitgliedstaat kann hier machen, was er will?**
Ja, aber er sollte schon die Auswirkungen auf die Nachbarn bedenken. Wer seine eigenen Kernkraftwerke abschaltet und dann Atomstrom beim Nachbarn einkauft, exportiert ja nur sein Problem. Und wenn er stattdessen konventionelle Kraftwerke baut, erhöht er die $CO_2$-Emissionen der EU und unsere Abhängigkeit von Importen aus Drittländern.

**Wie regelt Brüssel die Frage der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle?**
Jedes Jahr fallen in der Union etwa 500 Kubikmeter hochaktiver Abfälle an, entweder in Form von abgebrannten Brennelementen oder von verglasten Abfällen aus der Wiederaufbereitung. Bisher hat noch kein Mitgliedstaat eine endgültige Lösung verwirklicht, auch wenn viele Einzelelemente einer Entsorgungsstrategie schon umgesetzt wurden. Viele Betreiber kerntechnischer Anlagen plädieren für tiefe Endlagerung in stabilen Gesteinsformationen, während andere eine oberflächennahe Lagerung bevorzugen, um die Überwachung zu erleichtern und bei Bedarf die Abfälle zurückholen zu können. Auf EU-Ebene gibt es ein eigenes Euratom-

*Im Bild: Das EU-Ratsgebäude in Brüssel*

Forschungsprogramm, in dessen Rahmen neue Techniken für den Umgang mit Abfällen entwickelt werden. Dabei geht es um die Reduzierung des Volumens der Abfälle oder zumindest der langlebigen Komponenten.

**Wie gehen Sie sicher, dass Versorgungssicherheit nicht auf Kosten der Zielsetzungen im Bereich des Klimaschutzes geht?**
Das ist ein ganz wichtiger Punkt, weil Kohle und Gas 50 Prozent der Stromversorgung der EU decken. Aber Kohle ist nicht mehr die schmutzige, ineffiziente und teure Kohle der Fünfziger Jahre. Die verbesserten Technologien der $CO_2$-Abscheidung und -Speicherung ermöglichen jetzt «saubere» Kohle. Die Europäische Kommission wird noch dieses Jahr ein Konzept für den Bau von einem Dutzend Demonstrationsanlagen zur nachhaltigen Nutzung fossiler Brennstoffe vorlegen. Auf dieser Grundlage können wir den Zeitpunkt bestimmen, ab dem alle neuen Kohlekraftwerke mit diesen Technologien ausgestattet sein müssen.

**Sie haben im Herbst den Aktionsplan Energieeffizienz mit 75 Massnahmen in zehn Schwerpunktbereichen vorgestellt. Von welchen Massnahmen versprechen Sie sich die grössten Wirkungen?**
Wir streben strengere Normen für die Energieeffizienz eines breiten Spektrums von Geräten und Ausrüstungen an, von Haushaltsgeräten bis zu Lüftungsanlagen und Industriepumpen, aber auch für neue oder renovierte Gebäude. Ausserdem schlagen wir gezielte Instrumente zur Verringerung der Energieverluste im Elektrizitätssektor vor, also bei der Gewinnung, Übertragung und Verteilung von Strom. Wichtiges Einsparpotenzial bietet auch der Verkehrssektor; das reicht von besseren Leitsystemen bis zum Reifendruck für Kraftfahrzeuge.

**Wie stellen Sie sicher, dass die Massnahmen in den Ländern auch umgesetzt werden?**
Die Kommission ist die Hüterin der Verträge. Wir achten konsequent auf die korrekte Umsetzung der europarechtlichen Vorgaben in nationales Recht und sind bereit, einen säumigen Mitgliedstaat notfalls vor dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften zu verklagen. Das haben wir bei den Binnenmarktregeln mit Erfolg gezeigt. Wichtiger als Vertragsverstossverfahren ist freilich die Überzeugungsarbeit.

**Vor diesem Hintergrund sprechen Sie auch von Impulsen zur Steigerung der Energieeffizienz in den neuen Mitgliedstaaten: Wie sehen solche Impulse aus?**
Energieeffizienz ist eine der Prioritäten der Europäischen Regionalpolitik, und in der Tat ist gerade in den neuen Mitgliedstaaten das Potenzial für Verbesserungen besonders hoch. Wir wollen die Struktur- und Kohäsionsfonds zur Unterstützung zielgerichteter Investitionen nutzen und gemeinsame Programme beispielsweise im Bereich der Mehrfamilienhäuser und Sozialwohnungen ausarbeiten lassen.

**Wer finanziert die nötigen Investitionen in diesen Ländern?**
Es stimmt, dass die EU-Fonds nur einen Teil der Kosten finanzieren, aber die Hebelwirkung ist beträchtlich. Partner sind die Europäische Investitionsbank, die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und natürlich nationale Stellen, einschliesslich der Regionen und Kommunen. Wir wollen auch die privaten Banken ermuntern, spezielle Finanzierungspakete für Mittelständler und Energiedienstleister bereitzustellen, damit die Effizienzgewinne realisiert werden können, die in Energie-Audits aufgezeigt wurden.

**Eine weitere Massnahme im Aktionsplan sieht vor, die Öffentlichkeit für Energieeffizienz zu sensibilisieren. Ein schwieriges Unterfangen...**
Wir haben schon ein sehr erfolgreiches System der Etikettierung von Haushaltsgeräten und versuchen, das jetzt auch auf Gebäude und Energiedienstleistungen auszudehnen. Ausserdem schlagen wir eine Reihe von Bildungs- und Ausbildungsmassnahmen und auch internationale Partnerschaften zur Energieeffizienz vor. Insbesondere wollen wir eine Art Konvent einrichten, der die Bürgermeister der 20 bis 30 fortschrittlichsten Städte Europas zusammenbringt. Da müsste doch Lausanne aufhorchen, das gerade mit dem Watt d'Or für seine wirkungsvolle Kommunikationskampagne ausgezeichnet worden ist.

**Kofi Annan hat im November an der Weltklimakonferenz in Nairobi eine weltweite $CO_2$-Abgabe angeregt: Ist es vorstellbar, dass Brüssel eine solche in absehbarer Zeit einführen wird?**
Wir freuen uns über jede internationale Initiative, weil unsere Anstrengungen nur ein Tropfen auf den heissen Stein sind, wenn die Nachbarn nicht mitziehen. Auf die EU entfallen künftig nur noch 15 Prozent der neu entstehenden $CO_2$-Emissionen. Trotzdem sind wir immer bereit, mit gutem Beispiel voranzugehen; denn einer muss ja anfangen, und Nichtstun kommt uns teurer zu stehen. Dabei setzt die Europäische Union in erster Linie auf marktwirtschaftliche Instrumente, um externe Kosten zu internalisieren. Deshalb bleibt der Emissionshandel für uns der Angelpunkt zur Reduzierung des Kohlendioxid-Austosses. Auf diese Weise bleibt es den Marktkräften überlassen, die wirksamste und kostengünstigste Lösung zu finden.

**Also Brüsseler Alleingänge statt weltweiter Initiativen?**
Im Gegenteil. Wir peilen ein internationales Abkommen über Energieeffizienz an. Wenn die OECD-Staaten und wichtige Entwicklungsländer wie China, Indien und Brasilien mitmachen, erreichen wir eine Reduzierung der weltweiten $CO_2$-Emissionen um 20 Prozent. Ein formeller Vorschlag der EU könnte noch dieses Jahr auf einer internationalen Konferenz unter deutscher G8-Präsidentschaft behandelt werden. Ziel wäre die Unterzeichnung nächstes Jahr. Warum nicht am Rande der Olympischen Spiele in Peking? Ich hoffe, die Schweiz ist dabei.

*Interview: Klaus Riva und Helmut Schmitt von Sydow*

«WIR FREUEN UNS ÜBER JEDE INTERNATIONALE INITIATIVE, WEIL UNSERE ANSTRENGUNGEN NUR EIN TROPFEN AUF DEN HEISSEN STEIN SIND, WENN DIE NACHBARN NICHT MITZIEHEN.»